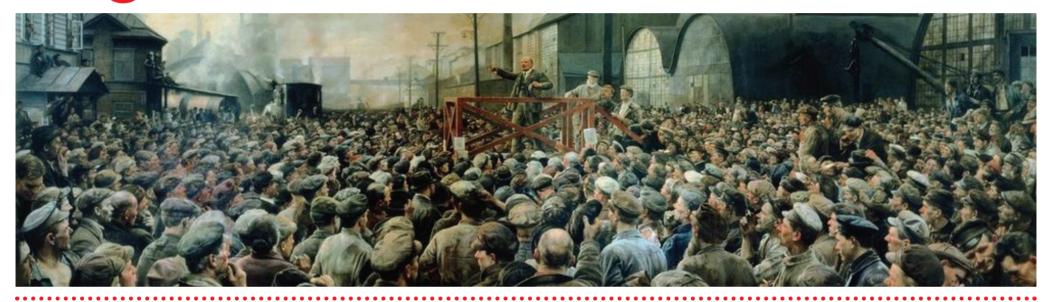
# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand

# Heißer Herbst wie im Jahr 1917: 105 Jahre Oktoberrevolution



Vor 105 Jahren begann in Russland die sozialistische Oktoberrevolution und erschütterte die gesamte Welt. Es war das erste Mal, dass die als unvergänglich angesehene Ordnung des Kapitalismus gestürzt wurde. Im November 1918 versuchten auch die Arbeiter:innen in Deutschland sich nach dem russischen Vorbild zu erheben. Was wir heute von der Oktoberrevolution lernen können? Eine andere Welt ist möglich!

Erst der Zar, dann die bürgerliche Arbeiter:innenklasse in der Mensch-Bolschewiki erkannten die revolutionäre Situation und schreckten nicht 1917 kam es im Russischen Reich zu Umstürzen, die die Weltgeschichte bis heute prägen.

Im Frühjahr gelang es der Arbeiter:innenklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei, den Zarismus hinwegzufegen. In der Folge kam es mehrere Monate lang zu einer Doppelherrschaft von Vertreter:innen der alten und der neuen Macht, Sozialismus auf der anderen Seite der Provisorischen Regierung und den Räten der Arbeiter:innen und Soldat:innen. Erstere war nach acht Monaten völlig abgewirtschaftet, sodass es am 25. Oktober des damals in Russland gebräuchlichen julianischen Kalenders zur Entscheidungsschlacht in Petrograd kam. Der Aufstand machte endgültig den Weg frei für die erste Machtergreifung der

Die Geschichte der Oktoberrevolution beginnt jedoch nicht erst 1917 und ihr Gelingen war nicht einfach ein glücklicher Zufall. Sie war ein über viele Jahre und auch gescheiterte Versuche hindurch sorgfältig vorbereiteter Prozess, der durch das Zusammenkommen äußerer Umstände und dem praktischen Handeln der fortschrittlichsten Kräfte der Ardes Kapitals auf der einen und des beiter:innen, der Kommunist:innen, möglich war. Die absolute Herrschaft des Zaren, die Not und Elend der Arbeiter:innen und Bäuer:innen in Stadt und Land existierte bereits seit Jahrzehnten; der erste imperialistische Weltkrieg verschärfte die Situation aber über das bisher gewohnte Maß hinaus. Massenverarmung, Hunger und Tod an der Front für den russischen Imperialismus brachten die Arbeiter:innen auf die Straße. Die

näre Situation und schreckten nicht vor den Herausforderungen der Zeit zurück. Ob unter der Losung Brot, Land und Frieden oder direkt für den Sozialismus, sie führten die spontan kämpfenden Massen mithilfe ihrer gesammelten Erfahrung und gefestigten Organisation zum Sieg.

Imperialistischer Krieg, Massenverarmung - Dinge, die auch uns heute in Deutschland 105 Jahre später wieder näher sind, als uns vielleicht lieb sein mag. Gleiche Probleme haben aber weiterhin die gleichen Lösungen. Der Sozialismus ist unsere Antwort als Arbeiter:innen auf Krieg und Krise. Zwar mag uns die Vorstellung einer sozialistischen Revolution, insbesondere gegen die imperialistische Macht der BRD im 21. Jahrhundert, weit entfernt vorkommen. Die Geschichte beweist uns aber, dass es nicht unmöglich ist, von Demonstra-

tionen gegen Preissteigerungen über Massenbewegungen bis hin zum Sturz des Kapitalismus zu gelangen, so lange es Menschen gibt, die gezielt darauf hin arbeiten und sich von dem Ziel der Befreiung der Arbeiter:innenklasse von der kapitalistischen Ausbeutung nicht abbringen lassen.

Selbstverständlich werden sich die Ereignisse der Oktoberrevolution nicht einfach wiederholen lassen und vor uns stehen andere, neue Schwierigkeiten, auf die wir selbst Antworten finden müssen. Aus der Geschichte zu lernen und mit einem Blick nach vorne voranzugehen ist heute unsere bedeutendste Aufgabe. Meinen wir es ernst, wenn wir sagen, wir kämpfen als Arbeiter:innenklasse für unsere Interessen, dann werden wir nicht nur für 15 Prozent mehr Lohn auf die Straße gehen. Wir werden nicht aufgeben, bis die nächste Revolution die Welt erschüttert!

### "Es geht um die Frage, wer hier im Land die Macht hat!"

Unter "Heißer Herbst" und "Wutwinter" wird über eine Protestwelle in Deutschland gegen die explodierenden Lebenshaltungskosten diskutiert. Auch die Föderation Klassenkämpferischer Organisationen ruft zu Protesten auf. Nicole Freund hat mit uns über ihre Pläne gesprochen. > Seite 2

### Mindestlohnerhöhung: Wie viel Geld fehlt uns wirklich?

Der gesetzliche Mindestlohn steigt im Oktober auf 12 Euro. Gegenüber Januar bedeutet das eine Erhöhung um 22 Prozent. Doch reicht das wirklich, um die Verarmung von Arbeiter:innen im Niedriglohnbereich angesichts der Preisexplosion abzuwehren? > **Seite 4** 

# "Letztlich muss es um die Frage gehen, wer in diesem Land die Macht hat!"

Unter den Schlagworten "Heißer Herbst" und "Wutwinter" wird seit Monaten über eine mögliche Protestwelle in Deutschland gegen die explodierenden Lebenshaltungskosten diskutiert. Auch die Föderation Klassenkämpferischer Organisationen ruft zu Protesten auf. Nicole Freund hat mit uns über ihre Pläne gesprochen.

Mit dem Slogan "Bundesweit auf die Straße gegen die Preisexplosion" ruft ihr zu Protesten auf. Warum ist gerade jetzt der richtige Zeitpunkt dafür?

Wir kriegen seit Monaten ja alle selbst auf unseren Rechnungen und an der Supermarktkasse mit, dass es eine gigantische Preisexplosion gibt. So wie wir blicken auch Millionen andere Menschen extrem unsicher in die Zukunft. Erstens, weil niemand genau weiß, wie schlimm es wirklich wird und wie die Entwicklung weitergeht. Zweitens aber auch, weil schon jetzt klar ist, dass wir noch massiv weiter verarmen werden, zumindest wenn wir keinen erfolgreichen Widerstand dagegen leisten.

Der Klassenkampf in Deutschland ist kein Thema, das in WG-Zimmern oder Theoriezirkeln debattiert wird. Der Klassenkampf begegnet jetzt unserer ganzen Klasse täglich – und zwar in Form von Kassenzetteln im Supermarkt, unbefriedigenden Tarifabschlüssen, Verzichtsrhetorik und den Trostpflastern der Bundesregierung, die angeblich eine Entlastung darstellen sollen. Dem müssen wir konkret auf der Straße etwas entgegensetzen.

Werden die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung nicht dazu führen, dass der Drang, auf den Straßen zu protestieren stark nachlassen wird?

Was für Entlastungsmaßnahmen? Die Politiker:innen sagen doch schon seit Monaten, dass "unser Wohlstand" verschwinden wird und, dass der Staat uns eben nicht aus der Patsche helfen wird. Wenn wir uns konkret angucken, was die Regierungen beschließen, sehe ich auch überhaupt keine Möglichkeit, dass wir das mit den Protesten auch bleiben lassen könnten.

Es ist doch eher so, dass ein Trostpflaster auf das Nächste geklebt wird.
Erst ein 9-Euro-Ticket, dann krasse
Preissteigerungen im Öffentlichen
Nahverkehr. Dann ein paar hundert
Euro für Rentner:innen und Studierende. Aber ein paar hundert Euro
werden von den allgemeinen Preissteigerungen und besonders von den
Energie- und Nebenkostenabrechnungen doppelt und dreifach aufgefressen, da muss man sich keine Illusionen machen.

Ihr ruft zu regelmäßigen Protesten am Montag auf, habt ihr keine Bedenken mit Querdenker:innen oder Faschist:innen in Verbindung gebracht zu werden?

Solche Vorwürfe werden natürlich kommen und sie kommen auch jetzt schon teilweise auf. Wir lassen uns aber von niemandem sagen, an welchem Wochentag wir für unsere Interessen auf die Straße gehen dürfen. Wenn die Bewegung größer wird, kommen sicher auch weitere Tage in der Woche dazu, in denen wir demonstrieren werden. Statt um Wochentage, muss es in der Debatte jedoch viel mehr um die Inhalte und Forderungen gehen.

Natürlich sind für uns Faschist:innen und Rassist:innen keine Bündnispartner:innen, das werden wir immer deutlich machen. Trotzdem wird man versuchen, uns mit ihnen in einen Topf zu werfen. Die Bundesregierung will, dass folgende Stimmung entsteht: "Es brechen harte Zeiten an und zwar nicht, weil wir im Kapitalismus leben, sondern weil wir als Demokrat:innen alle gegen Putin zusammen halten müssen. Wer was anderes sagt, ist für Putin, für den Krieg und wahrscheinlich auch ein Nazi."

Das ist natürlich Quatsch. Aber gerade, weil es so großer Quatsch ist, passt es ihnen auch gut in den Kram, uns mit den Nazis und Rechten in einen Topf zu werfen.

Gerade Menschen, die fortschrittliche oder sogar revolutionäre Ideale haben, wollen natürlich nicht mit
den offensichtlichsten Reaktionär:innen in diesem Land in Verbindung
gebracht werden. Uns wird das aber
nicht aufhalten. Denn es hängt davon
ab, wie selbstbewusst wir mit unseren eigenen, antikapitalistischen und
antifaschistischen Positionen auftreten, ob es glaubwürdig ist, wenn in
Zeitungen oder im Fernsehen verbreitet wird, dass Linke und Rechte
gemeinsam gegen die Regierung und
die Teuerungen protestieren.

Rechte Ideologen arbeiten ganz offen an einer angeblichen "Querfront" zwischen Rechts und Links, wie sieht eure Antwort aus?

Sie wollen die Proteste damit vor allem spalten und kaputt machen. Diese Rolle haben Nazis und andere Faschist:innen ja immer wieder eingenommen. Für uns ist wichtig, dass es eine strategische Falle ist, wenn

GEMEINSAM GEGEN
DIE PREISEXPLOSIONEN!

Preise runter! Löhne und Sozialleistungen rauf!



wir den Rechten die Straßen überlassen. Denn wenn nur sie auf der Straße zu sehen sind, bekommt ja ihre Lüge, dass sie die einzige Kraft sind, die wirklich etwas gegen den Status Quo machen will, eine reale Basis.

Gleichzeitig werden wir klar aufzeigen und entlarven, warum ihr "Protest" gegen die Teuerungen demagogisch und verlogen ist. Viele von ihnen fordern zum Beispiel, dass die Situation nur für Deutsche, nicht für alle Menschen, die in diesem Land leben verbessert wird. Vor allem aber behaupten sie, dass die Probleme verschwinden würden, wenn zum Beispiel die AfD an der Macht wäre. Dass das Problem im Kapitalismus liegt, sagen sie natürlich nicht. Hier müssen wir uns abgrenzen.

#### Sind also alle, die sich klar von faschistischen Positionen abgrenzen, natürliche Bündnispartner:innen für euch?

Na ja, wir werden natürlich nicht mit anderen Organisationen diskutieren, ob nun 15 Euro Mindestlohn oder gleich 20 Euro gefordert werden müssen, bevor wir mit ihnen demonstrieren. Erstens muss nämlich beides erst mal erkämpft und durchgesetzt werden. Zweitens ist uns sowieso bewusst, dass alle Fortschritte, die wir erreichen, sehr vergänglich bleiben, solange wir im Kapitalismus leben.

Von den Milliarden Extraprofiten, die Energielieferanten einstreichen über die Gasumlage, durch die der Staat ganz offen als Geldeintreiber für die Konzerne fungiert bis zu den gleichzeitigen Aufrüstungskampagnen in Deutschland und anderen Ländern: Jeder wichtige Aspekt der momentanen Situation drängt dazu, nicht nur für höhere Löhne und niedrigere Preise zu kämpfen, sondern politische Fragen aufzugreifen. Letztlich muss es um die Frage gehen, wer in diesem Land die Macht hat, in wessen Interessen regiert wird und der Staat handelt.

Bei der Frage der Bündnispartner:innen ist für uns eher wichtig, wie sich eine Organisation zu diesen Fragen positioniert. Bei der Linkspartei zum Beispiel muss man ganz klar unterstellen, dass sie momentan versucht, die Situation auszunutzen, um ihre politische Existenz zu retten. Aufgrund ihrer rein reformistischen Vorgehensweise ist aber auch klar, dass die Linkspartei jede Protestbewegung in einem engen Rahmen hält, der die Grenzen des Kapitalismus nicht in Frage stellten wird. Zwischen den politischen Antworten der Links-

partei und unseren gibt es also den grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Ausbeutung. Sie und andere Kräfte wollen den Kapitalismus verschönern, seine schlimmsten Auswirkungen in Deutschland abmindern. Wir wollen konsequent mit der kapitalistischen Ausbeutung, der mit ihr einhergehenden patriarchalen Unterdrückung und dem Imperialismus als weltweitem Herrschaftssystem brechen und an seine Stelle ein nach unseren Bedürfnissen organisiertes sozialistisches Gesellschaftssystem aufbauen.

Die Konflikte um diese Widersprüche werden wir auch in den Protesten austragen müssen.

#### Wie wertet ihr die aktuelle Situation in den Betrieben und die Rolle der Gewerkschaften aus?

Ganz klar, wenn die Lebenskosten um mindestens 8, 10 oder 15 % pro Jahr steigen, dann sind die Kämpfe in den Betrieben um höhere Löhne natürlich einer der wichtigsten Hebel, um zu verhindern, dass wir alle Monat für Monat ärmer werden. Aber in der Realität sehen wir, dass die großen Gewerkschaften das nicht tun und auch gar nicht vor haben. Die Streikkassen sind voll. Allein die IG Metall sitzt nach Schätzungen auf einem Vermögen von mehreren Milliarden Euro!

Aber ein Kampf, der die Kapitalist:innen zwingen würde, uns mindestens so viel mehr zu zahlen, wie wir durch die Teuerungen verlieren, der wird nicht geführt mit diesem Geld. Das sprechen die Gewerkschaftsbosse ja auch ganz offen aus, wenn sie zum Beispiel sagen, dass der Staat in die Bresche springen soll, weil sie keinen Inflationsausgleich erreichen werden.

Unterm Strich heißt das also: Der Reichtum wird weiter von unten nach oben verteilt. Statt einem Inflationsausgleich und einer ordentlichen Lohnsteigerung fordert die Gewerkschaft irgendwelche Trostpflaster von der Regierung wie das 9-Euro-Ticket, das wir dann obendrein durch unsere Steuergelder über Umwege noch selber finanzieren. Auch wenn ein gerechter Lohn im Kapitalismus nicht möglich ist, da dieser den gesamten Profit der Kapitalist:innen umfassen und damit ihre Existenz in Frage stellen würde, so müssen wir doch heute konsequent für Erhöhungen der Löhne und Sozialleistungen kämpfen, um die weitere Verarmung unserer Klasse zu verhindern.

Wir glauben schon, dass die Hauptamtlichen in den Gewerkschaften noch aktiver werden und wir sie vielleicht auch bei unseren Aktionen sehen werden, wenn die erfolgreich sind. Aber aus unserer Sicht gehören nicht die Gewerkschaftssekretär:innen auf unsere Proteste, sondern unser Protest viel mehr auch in die Betriebe. Denn der DGB steht gerade auf einer Seite mit der Bundesregierung und macht sich genauso schuldig an unserer Verarmung wie die Unternehmensverbände.

# Was sind die nächsten ganz konkreten Schritte aus eurer Sicht?

Wir rufen in allen Städten, in denen wir aktiv sind, dazu auf, lokale Bündnisse zu gründen. Natürlich hoffen wir sehr, dass die Proteste eine Dynamik annehmen, bei denen weit mehr Menschen als die "üblichen Verdächtigen" auf die Straße gehen. Gerade in einer solchen Situation ist es aber enorm wichtig, dass die zersplitterten antikapitalistischen und sozialisti-

schen Kräfte ihre Kräfte bündeln und in der Organisation der Proteste nicht gegeneinander arbeiten, auch wenn sie sich in der ein oder anderen Frage nicht einig sind.

Unser klares Ziel ist es, dass wir in allen Städten, in denen unsere Föderation aktiv ist, zunächst mindestens einmal im Monat Proteste gegen die Preisexplosionen stattfinden, die auch als Anziehungspunkt für andere Menschen, die sich wehren wollen, dienen.

Bundesweit engagieren wir uns im Bündnis "Nicht auf unserem Rücken", dass Gruppen aus vielen Städten zusammen bringt und eine Anlaufstelle für Widerstand gegen den Klassenkampf von oben bietet.

Die Ankündigungen weiterer Aktionen findet ihr auf föderation-klassenkampf.org oder unter nichtaufunseremruecken.org



Ein gerechter Lohn im Kapitalismus ist eine Ilusion, da er die Existenz der Kapitatalist:innenklasse in Frage stellt. Der Cartoon zeigt jedoch wie sehr die Kapitalist:innen sich vor einer organisierten Arbeiter:innenklasse fürchten.

Mehr Cartoons von Karl Berger unter zeichenware.at

# Mindestlohnerhöhung

# Wie viel **Geld fehlt** uns wirklich?

Der gesetzliche Mindestlohn steigt im Oktober auf 12 Euro. Gegenüber Januar bedeutet das eine Erhöhung um 22 Prozent. Doch reicht das wirklich, um die Verarmung von Arbeiter:innen im Niedriglohnbereich angesichts der Preisexplosion abzuwehren?



Dfolg. Der gesetzliche Mindestlohn steigt am 1. Oktober auf 12 Euro pro Stunde. Bereits zum 1. Juli hatte es einen Anstieg auf 10,45 Euro gegeben, von zuvor 9,82 Euro. Damit beträgt die Erhöhung zwischen Januar und Oktober gut 22 Prozent.

Das klingt viel - selbst bei einer offiziellen Teuerungsrate von 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie sie das Statistische Bundesamt für August gemeldet hat. Also alles nicht so schlimm mit den steigenden Preisen? Geht es einem Fünftel der deutschen Arbeiter:innen bald sogar besser als vorher? Denn so hoch wird der Anteil der Beschäftigten geschätzt, die von der Erhöhung betroffen sind.

Die Erhöhung ist in keinem Fall ausreichend, denn die Verarmung von Arbeiter:innen in schlecht bezahlten und Teilzeitjobs wird auch durch die Mindestlohnerhöhung nicht ausgeglichen. Das zeigt ein kritischer Blick auf die Zahlen:

- ie SPD feiert es als großen Er- 1. Die offizielle Teuerungsrate von knapp 8 Prozent ist nur ein statistischer Wert, der die Preisentwicklung eines ausgedachten Korbs von Waren misst. Diese Zahl gibt nicht an, wie stark die Lebenshaltungskosten von Arbeiter:innenfamilien tatsächlich gestiegen sind. So schätzt Marcel Fratzscher, der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW, die tatsächliche Teuerung für arme Menschen auf das Drei- bis Vierfache der offiziellen Inflation. Dies wären also 24 bis 32 Prozent - und damit deutlich mehr als die Mindestlohnsteigerung. Bestimmte Warengruppen wie Haushaltsenergie (+ 47%) und Nahrungsmittel (+ 17%) verteuern sich eben viel stärker als ein ausgedachter Warenkorb. Und gerade diese Teuerungen sind besonders schmerzhaft, wenn das Geld ohnehin nur knapp für den Monat reicht.
  - 2. Die tatsächliche Verarmung von Arbeiter:innen im Niedriglohnsektor wird sichtbar, wenn man lange Zeiträume betrachtet. Zwischen 2015 und Januar 2022 ist der Mindestlohn gerade einmal um 16 Prozent gestiegen. Die offizielle Inflation lag in diesem Zeitraum bei gut 9 Prozent. Gehen wir davon aus, dass die tatsächlich gestiegenen Lebenshaltungskosten drei- bis viermal höher lagen, hat die Verarmung also schon in den zurückliegenden Jahren zugeschlagen. Vor allem konnten die Arbeiter:innen, die wenig verdienen, in den vergangenen Jahren kein Geld sparen, auf das sie jetzt zurückgreifen könnten, um ihre Energierechnungen zu bezahlen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut schätzt die Größe dieser Gruppe auf 40 % der Bevölkerung.
  - 3. Es gibt immer noch zahlreiche Arbeiter:innen, die vom Mindestlohn ausgenommen sind, darun-

ter Jugendliche unter 18 Jahren ohne Berufsausbildung, Auszubildende, Langzeitarbeitslose während der ersten sechs Monate im Job und Praktikant:innen und Menschen die in sogenannten Behindertenwerkstätten arbeiten. Zudem durfte der Mindestlohn bis 2017 noch durch Tarifverträge unterschritten werden.

Fazit: Wer im Niedriglohnsektor arbeitet, ist von einer deutlich höheren Teuerungsrate betroffen, kann diese mit dem eigenen Einkommen nicht ausgleichen, keine Rücklagen bilden und gerät damit in der aktuellen Krise in massive Existenznot.

Dieses Problem wird durch die Mindestlohnerhöhung nicht im Ansatz gelöst. Auch nach der Mindestlohnerhöhung werden Millionen Menschen weiter in Armut leben müssen. Gerade im Niedriglohnbereich werden wir jetzt also für deutlich höhere Lohnsteigerungen kämpfen müssen!

## **PERSPEKTIVE**

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

https://perspektive-online.net



fb.com/PerspektiveOn twitter.com/perspektiveon instagr.am/perspektiveonline t.me/perspektiveon

#### V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V. Kalk-Mülheimer Str. 124 51103 Köln

### **PERSPEKTIVE**

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

- 1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
- 2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit "Start" schicken.
- 3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit "Stop" schicken.

### **PERSPEKTIVE**

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die Perspektive-App über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

https://perspektive-online.net/app



### MITMACHEN &

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von "Perspektive" https://perspektive-online.net/abo
- Werde Mitglied im "Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V." https://perspektive-online.net/verein
- Unterstütze uns mit einer Spende https://perspektive-online.net/spenden